

„Es ist Alarm zu schlagen!“

Die Initiative für direkte Demokratie wehrt sich dagegen, dass einfache Landesgesetze nicht mehr einem Referendum unterzogen werden können. Ein Gastkommentar.

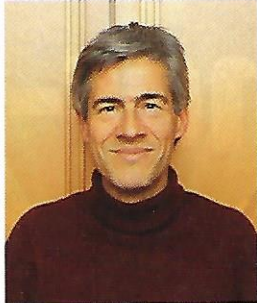


Foto: Alexander Alber

Stephan Lausch ist seit vielen Jahren Sprecher der Initiative für mehr Demokratie: „Jetzt hat nicht die Landtagsmehrheit das letzte Wort, sondern die Bürger.“

In einer Notstandssituation, wie sie die Menschheit mit der sich verschärfenden Klimakatastrophe noch nicht erlebt hat, boykottieren SVP und Lega Salvini auf ganzer Front die Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und kappen ihre Verpflichtung ihnen gegenüber. Anstatt in dieser Extremsituation die breitestmögliche Zusammenarbeit mit allen Gewählten und allen Organisationen zu suchen, wollen sie deren Notbremse beseitigen – das Referendum – das Einzige, was sie wirklich verpflichtet, einen gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Schlimmer noch: Sie nutzen dafür den Corona-Notstand, um ihre Alleinherrschaft zu zementieren. Nicht etwa um fürsorglich umzusteuern, sondern um noch ungehinderter weiterzumachen als bisher. Wie anders soll man das alles verstehen:

1. Alle Anträge an das Präsidium des Landtages auf Abhaltung von Bürgerräten, wie vom LG 22/2018 vorgesehen, sind unbehandelt geblieben;
2. Die beiden im September 2020 eingebrachten Volksinitiativen „Erleichterte Unterstützung direktdemokratischer Initiativen“ und „Großer Landesbürgerrat“ sind von der Kommission der Landesregierung für unzulässig erklärt worden. Ein Rekurs der Einbringer wird vom Landesgericht behandelt;
3. Landtagsmehrheit und Landesregierung weigern sich, die Forderung der UNO-Menschenrechtskommission umzusetzen, nicht weiter die Unterstützung von direktdemokratischen Initiativen mit Gesetzen und Verfahrensregeln in Italien/Südtirol zu behindern; vielmehr werden jetzt auch Beamte, die seit 20 Jahren Unterschriften beglaubigen durften, nicht mehr damit beauftragt.
4. Eine Reaktion auf die auch angesichts der Pandemiebedingungen wiederholte Aufforderung, die Online-Unterschriftensammlung einzuführen, bleibt aus. Italien ist ihr nachgekommen.
5. In der Gemeinde Sexten wird weit über die vorgegebene Frist hinaus die Einsetzung der Kommission verzögert, die die Zulässigkeit des Antrages auf Volksabstimmung gegen die Erweiterung des Skizirkus am Helm zu beurteilen hat. Die Betreibergesellschaft kann inzwischen vollendete Tatsachen schaffen.

Mit dem schamlosen und perfiden Versuch von SVP und Lega Salvini, nicht nur das Referendum über einfache Landesgesetze abzuschaffen, sondern auch die Garantie für ein objektives, neutrales und gleichberechtigt zustande kommendes Abstimmungsheft zu Volksabstimmungen und die Einsetzung von Bürgerräten durch die Bürgerinnen und Bürger selbst, wird offensichtlich: Hier wird gegen das Gemeinwohl gearbeitet. Denn wer sich diesem verpflichtet weiß, fürchtet weder das Referendum noch eine unabhängige Information, sondern freut sich im Sinne der Sache darüber.

Ja, es ist Alarm zu schlagen! Nicht nur von den jungen FridaysForFuture und jenen, die seit vielen Jahren erleben, wie die Regierenden immer die Interessen weniger in der Gesellschaft vertreten und befördert haben, mit denen wir in diesen Notstand geschlittert sind, und wie sie jene ausgebremst haben, die eine Entwicklung verhindern wollten und wollen, die jetzt Millionen Menschenleben bedroht. Auch jetzt, beim Versuch, das Referendum abzuschaffen, ist klar, wer die Drahtzieher sind: jene Klientel, die fürchtet, dass ihr mit dem Referendum der direkte Draht zu den Regierenden gekappt wird.

Denn allein schon die Existenz des Referendums verlangt, dass Mehrheit und Minderheit im Landtag zusammenarbeiten, weil mit ihm eine Mehrheit im Landtag nicht genügt und es auch eine Mehrheit der Bevölkerung braucht, die hinter dem steht, was er beschließt.

Das wollen die Regierenden offenbar nicht lernen, sie wollen die Alleinherrschaft.

Jetzt aber hat nicht die Landtagsmehrheit das letzte Wort, sondern die Bürgerinnen und Bürger – mit dem Referendum. Es ist uns zum Schutz unserer demokratischen Rechte vom römischen Parlament ins Autonomiestatut geschrieben worden.

Stephan Lausch

Alles zur laufenden Sammlung von 10.000 Unterschriften innerhalb 20. September in den Rathäusern für eine Volksabstimmung gegen die Abschaffung des Referendums über einfache Landesgesetze unter: www.rette-das-referendum.org